

GELEITWORT

zur englischen Ausgabe

Wenn Worte nicht ausreichen, um auszudrücken, was ausgedrückt werden muss, ist es Zeit für neue Begriffe. Wir leben in einer Ära der Stagnation, der rapiden Verarmung großer Teile der Bevölkerung, wachsender Ungleichheit und sozioökologischer Katastrophen – vom Hurrikan Katrina, den Erdbeben in Haiti und auf den Philippinen über Fukushima, die Ölpest im Golf von Mexiko oder dem vergrabenen Giftmüll in Campania bis hin zum Klimawandel und dem nicht enden wollenden vermeidbaren Sterben von Menschen, weil der Zugang zu Land, Wasser und Nahrung fehlt.

Selbst manch radikale Denker finden keine neuen Antworten, die sich nicht an dem doppelten Imperativ von Wachstum und Entwicklung orientieren. Wenn der Wunsch nach Wachstum wirtschaftliche, soziale und Umweltkrisen verursacht, wovon die Autoren in diesem Band ausgehen, dann kann Wachstum aber nicht die Lösung sein.

Glücklicherweise schießen Alternativen wie Pilze aus dem Boden. Von neuen Formen des Zusammenlebens, der gemeinschaftlichen Produktion und des gemeinschaftlichen Konsums bis zu neuen Institutionen, die ohne Wachstum den Lebensunterhalt aller sichern. Dennoch sind umfassendere Narrative gegen das herrschende Denken nötig, um die entstehenden Alternativen zu artikulieren und miteinander zu verbinden. Wir hoffen, dass dieses Buch die Begriffe zur Konstruktion derartiger Narrative liefert.

Degrowth kann unterschiedlich gedeutet werden, und es führen verschiedene Wege dorthin. Manche Degrowth-Bewegte sind der Überzeugung, dass dem Wachstum Grenzen gesetzt sind. Andere meinen, dass wir in eine Ära der wirtschaftlichen Stagnation eintreten und Möglichkeiten finden sollten, den Wohlstand ohne Wachstum zu bewahren. Wieder andere glauben, dass eine wirklich egalitäre Gesellschaft nur entstehen kann, wenn sie sich vom Kapitalismus und seinem unersättlichen Expansionsdrang befreit; wenn sie lernt, sich gemeinschaftlich selbst zu beschränken und nicht mehr den eigenen Vorteil als Grundmaßstab zu nehmen. Und wieder andere finden einfach, dass Degrowth nach der Lebensweise klingt, für die sie sich entschieden haben.

Die Autoren dieses Handbuchs kommen aus verschiedenen Denkrichtungen, unterschiedlichen Disziplinen und Lebenssphären: Umwelt-(Bio- und Steady-State-)Ökonomen, Antiutilitaristen, (Neo-)Marxisten, politische Ökologen, Genossenschaftler, Nowtopianer und verschiedene Aktivisten und Prak-

tiker. Jeder Beitragende sieht Degrowth ein wenig anders. Nicht alle teilen die Auffassungen ihrer Kolleginnen und Kollegen in diesem Band. Aber Degrowth ist das, was sie verbindet und zusammenführt.

Eine allgemeingültige Definition für Degrowth gibt es nicht. Wie Freiheit oder Gerechtigkeit steht Degrowth für ein Bestreben, das sich nicht in einem Satz auf den Punkt bringen lässt. Degrowth ist ein Rahmen, in dem verschiedene Denkrichtungen, Imaginationen und Vorgehensweisen zusammenkommen. Diese Vielseitigkeit sehen wir als Stärke. Deshalb haben wir beschlossen, den Degrowth-Gedanken in der Form eines Handbuchs vorzustellen. Das Degrowth-Vokabular ist ein Netz aus Ideen und Gesprächen mit starken Wurzeln in den radikalen und kritischen Traditionen, aber mit offenem Ausgang und zugänglich für vielfältige Verbindungen.

Das Buch beginnt mit einem von uns Herausgebern verfassten Essay. Er ist länger als die anderen Beiträge des Buchs, nicht weil wir die Umfangsgrenze für uns persönlich großzügiger ausgelegt hätten, sondern weil hier versucht wird, Degrowth zu präsentieren, indem wir dieses Schlüsselwort des Werks mit den anderen Stichwörtern im Buch verbinden. In diesem einführenden Kapitel stellen wir die Geschichte des Begriffs Degrowth und die verschiedenen Thesen und Ideen vor, in denen der Degrowth-Gedanke seinen Niederschlag findet.

Das Buch selbst hat vier Teile. Der erste Teil widmet sich den intellektuellen Wurzeln, die den Degrowth-Gedanken nähren – anders ausgedrückt, dem erkenntnistheoretischen Aspekt des Degrowth-Projekts. Die Beiträge fassen in wenigen Worten ganze Denkrichtungen zusammen und erläutern ihre jeweilige Relevanz für das Thema Degrowth. Der zweite Teil präsentiert die Konzepte, die im Zentrum der Degrowth-Kritik am eindimensionalen Wachstumsdenken stehen. Jeder Eintrag in diesem Teil steht für einen anderen Zugang zum Degrowth-Gedanken. Gemeinsam bilden diese Einträge die Degrowth-Theorie. Im dritten Teil geht es um das Handeln und um konkrete institutionelle Vorschläge sowie lebendige Beispiele, wie der Degrowth-Gedanke im realen Leben umgesetzt wird. Die Beiträge reichen von politischen Maßnahmen bis zu Projekten von Aktivisten und versuchen, die ganze Bandbreite des postkapitalistischen Imaginären einer Degrowth-Gesellschaft abzudecken. Der vierte und letzte Teil beschäftigt sich mit den »Bündnissen«; er stellt Denkrichtungen, Akteure und Konzepte vor, die viel mit dem Degrowth-Projekt gemeinsam haben, die aber bisher nur lose mit Degrowth in Verbindung stehen. Hier findet man fruchtbare geografische Bezüge und künftige Erweiterungsmöglichkeiten des Degrowth-Projekts, die verstärkt werden können.

Die Leser können das Buch wie jedes andere am Anfang aufschlagen und einen Beitrag nach dem anderen lesen. Unserer Meinung nach zählt diese Her-

angehensweise aber nicht zu den spannendsten. Eine Alternative wäre, bei einem Eintrag anzufangen, der einem besonders interessant erscheint, und dann, den (fett gedruckten) Querverweisen folgend, zu anderen Einträgen zu wandern. Akribische Leser möchten vielleicht nacheinander alle in einem Beitrag erwähnten weiteren Beiträge lesen und beim nächsten genauso verfahren, bis sie das ganze Buch durchforstet haben. Wir ermuntern die Leser, ihre Reise durch das Buch selbst zu gestalten und zu einer eigenen Einschätzung zu kommen, was Degrowth für sie bedeutet.

Ans Ende haben wir einen Essay mit dem Titel »Von der Austerität zur Dépense« gestellt, in dem wir festhalten, welche Bedeutung Degrowth im Laufe der Arbeit an diesem Buch und beim Lesen der Einträge für uns bekommen hat. Es ist die politisch orientierte und selektive Meinung, die wir selbst aus dem Buch gewonnen haben.

Die Autorinnen und Autoren, die Beiträge zu diesem Band lieferten, wurden gebeten, sich so einfach wie möglich auszudrücken, ohne den Inhalt zu beeinträchtigen. Die Einträge sind für ein breites Publikum gedacht, nicht nur für Experten. Sie verlangen keine Vorkenntnisse zur bisherigen Debatte oder zur Terminologie. Dennoch sind sie mit derselben Sorgfalt und Expertise wie bei einem Fachbuch abgefasst. Am Ende eines jeden Eintrags finden Leser, die sich in ein Thema vertiefen wollen, weiterführende Literatur.

Das Buch ist ein Gemeinschaftswerk, aber mit unserer Auswahl und Anordnung der Einträge und Autoren haben wir ihm unseren Stempel aufgedrückt. Wie bei jedem Geistesprodukt sind unsere Beiträge zu diesem Werk nicht unser alleiniges Eigentum, sondern das Ergebnis der gesammelten Arbeit von Autoren, die wir gelesen, und der Menschen, mit denen wir gesprochen haben. Es verkörpert die soziale und familiäre Arbeit der Reproduktion und ist eingebettet in diese: Es ist ein Ertrag der Allmende.

Die meisten Ideen, die in diesem Buch Ausdruck finden, haben wir innerhalb von Research & Degrowth in Barcelona diskutiert. Viele Mitglieder dieser Gemeinschaft – einige von ihnen sind zudem Wissenschaftler am Institute of Environmental Science and Technology (ICTA) der Autonomen Universität Barcelona – haben zu diesem Werk beigetragen. Aber wir wollen sie hier der Reihe nach würdigen: Filka, Viviana, Claudio, Marta, Kristofer, Erik, Christian, Iago, Christos, Daniela, Diego, Rita, Lucha, Aggelos, Marco und die verschiedenen wechselnden Teilnehmer unserer Lesegruppe – sie alle zu nennen würde den Rahmen sprengen. Unser besonderer Dank gilt Joan Martinez-Alier, der am ICTA eine wunderbare Oase für radikales Denken geschaffen hat, einen Zufluchtsort, ohne den wir niemals zu unserem Gemeinschaftswerk zusammengefunden hätten; ganz herzlich danken wir auch François Schneider, der seine Leidenschaft für die Degrowth-Bewegung mit nach Barcelona gebracht und uns alle damit angesteckt hat. Aber wir wollen auch all

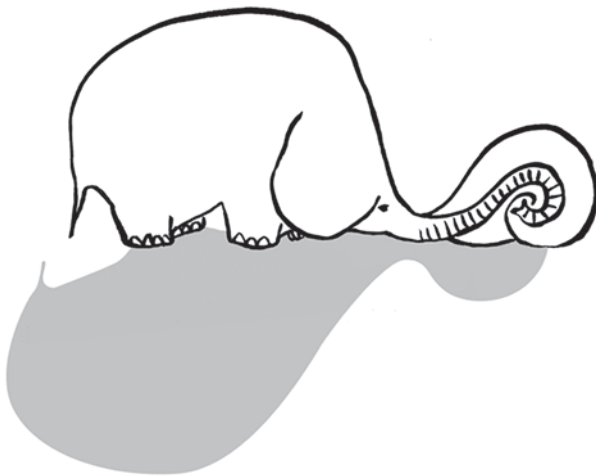
jenen danken, ohne die dieses Buch nicht hätte erscheinen können. Jacques Grinevald, der seine Kenntnisse zur Geschichte des Degrowth-Gedankens großzügig mit uns geteilt hat. Unser Dank gilt auch unserer Grafikerin Bärbara Castro Urío (labarbara.net), die die Illustrationen in diesem Buch gestaltet hat. Für die deutsche Ausgabe danken wir Niko Paech für sein wunderbares Vorwort, den Übersetzerinnen für ihre hervorragende Arbeit, dem oekom verlag für die Aufnahme der Publikation in sein Verlagsprogramm sowie Corinna Burkhart, Steffen Lange, Jonathan Rentsch und Andrea Vetter für die fachliche Durchsicht des Textes.

Dieses Buch hat zahlreiche Kapitel und Autoren. Wir sind nicht die Einzigen, die dazu beigetragen haben, aber wir haben eine Menge Arbeit investiert. Wir möchten dieses Werk den Menschen widmen, die uns am meisten bedeuten: Giacomo D'Alisa seiner Frau Stefania und seinen Kindern Claudia Pilar und Nicolas Mayo, seiner Gegenwart und Zukunft; Federico Demaria seiner Partnerin Veronica, seinen Eltern Maria und Mario und seinem Bruder Daniele. Giorgos Kallis seiner Frau Amalia, seinen Eltern Vassili und Maria und seiner Schwester Iris.

Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, Giorgos Kallis

Barcelona, April 2014

vocabulary.degrowth.org



Der Elefant und die Schnecke (Bärbara Castro Urío, labarbara.net 2014)

DEGROWTH

Giorgos Kallis, Federico Demaria und Giacomo D'Alisa

Die Drehungen und Wendungen des Begriffs

Der Begriff *décroissance* (französisch für Degrowth) wurde 1972 erstmals von dem französischen Intellektuellen André Gorz verwendet. Gorz stellte dabei eine Frage, die auch im Zentrum der heutigen Degrowth-Debatte steht: »Ist das Gleichgewicht der Erde, für das Null-Wachstum – oder sogar *décroissance* – der materiellen Produktion notwendige Bedingung ist, vereinbar mit dem Überleben des kapitalistischen Systems?« (Gorz 1972, S. IV) Andere frankophone Autoren gebrauchten den Begriff dann im Anschluss an den Bericht *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972). Zum Beispiel schrieb der Philosoph André Amar 1973 in einer Ausgabe zu »*Les objecteurs du croissance*« (»Die Wachstumsgegner«) der Zeitschrift *NEF Cahier* über *La croissance et le problème moral* (»Wachstum und moralisches Problem«).¹

Ein paar Jahre später setzte sich André Gorz in seinem Buch *Ökologie und Politik* explizit für Degrowth ein. Er schrieb:

Nur ein Wirtschaftswissenschaftler, Nicholas Georgescu-Roegen, besaß den gesunden Menschenverstand, darauf hinzuweisen, dass selbst bei Null-Wachstum der fortgesetzte Verbrauch knapper Ressourcen unweigerlich zu ihrer völligen Erschöpfung führen wird. Es geht nicht darum, darauf zu verzichten, immer mehr zu konsumieren, sondern darum, immer weniger zu konsumieren – einen anderen Weg, die verfügbaren Reserven für künftige Generationen zu bewahren, gibt es nicht. Das ist ökologischer Realismus ... Radikale, die sich weigern, sich mit der Frage der Gleichheit ohne Wachstum zu beschäftigen, beweisen nur, dass für sie der »Sozialismus« nichts anderes ist als die Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln – eine Verlängerung der Werte, des Lebensstils und der sozialen Denkmuster der Mittelschicht ... Heute zeigt sich Realitätsferne nicht mehr darin, für wachsendes Wohlbefinden durch Degrowth² und den Umsturz des vorherrschenden Lebensstils einzutreten. Realitätsferne besteht in der Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum immer noch zum Wohlergehen der Menschen beitragen kann und dass es überhaupt physikalisch möglich ist.

(Gorz 1977, S. 13)

Gorz war ein Vordenker der **politischen Ökologie**. Für ihn stellte Ökologie einen festen Bestandteil eines radikalen politischen Wandels dar. Nicholas Georgescu-Roegen, der Gorz beeinflusste, war der intellektuelle Pionier der Umweltökologie und der **Bioökonomie**. 1971 erschien sein Opus magnum *The Entropy Law and the Economic Process*. 1979 gaben Jacques Grinevald und Ivo Rens, Professoren an der Universität Genf, unter dem Titel *Demain la décroissance* eine Aufsatzsammlung von Georgescu-Roegen heraus (interessanterweise ohne zu wissen, dass auch Gorz den Begriff verwendete). Grinevald wählte den Titel mit Georgescu-Roegens Einverständnis; *décroissance* war seine Übersetzung für den Begriff *descent* aus Georgescu-Roegens Aufsatz über ein »Minimal Bio-economic Programme« (Grinevald 1974).

Mit dem Ende der Ölkrise und dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 1980er und 1990er Jahren schwand das Interesse an den Grenzen des Wachstums und an den Degrowth-Überlegungen; allerdings blühte die Debatte in Frankreich in den 1990er Jahren wieder auf. 1993 setzte sich der in Lyon lebende und sich für Umwelt und Gewaltfreiheit einsetzende Michel Bernard mit Grinevald in Verbindung und bat ihn, für seine Zeitschrift *Silence* einen Artikel über »Georgescu-Roegen: Bioeconomics and Biosphere« zu schreiben. Der Beitrag erwähnte explizit den Degrowth-Begriff. Später, im Juli 2001, brachten Bruno Clémentin und Vincent Cheynet, beide ebenfalls in Lyon ansässig, den Begriff *sustainable degrowth* in Umlauf (Vincent Cheynet war ehemaliger Werbetexter und hatte gemeinsam mit Randall Ghent die Zeitschrift *Casseurs du pub* gegründet).

Clémentin und Cheynet ließen den Begriff als geistiges Eigentum schützen, um den Zeitpunkt seiner Erfindung festzuhalten, und warnten scherzhaft vor künftigem Missbrauch und Konventionalisierung. Nach Erscheinen einer Sonderausgabe von *Silence* zum Gedenken an Georgescu-Roegen im Jahr 2002 nahm in Frankreich die öffentliche Degrowth-Debatte Fahrt auf. Das von Clémentin und Cheynet herausgegebene Heft verkaufte sich 5000-mal und erlebte zwei weitere Auflagen. Wahrscheinlich war dies der Zeitpunkt, an dem die heutige Degrowth-Bewegung ihren Anfang nahm.

In der ersten Phase der Degrowth-Debatte in den 1970er Jahren lag der Schwerpunkt auf den begrenzten Ressourcen. In der zweiten Phase – die im Jahr 2001 begann – war die treibende Kraft die Kritik an der vorherrschenden Idee der »nachhaltigen Entwicklung«. Für den Wirtschaftsanthropologen Serge Latouche war nachhaltige Entwicklung ein Oxymoron, wie er in seinem Aufsatz »A bas le développement durable! Vive la décroissance conviviale!« darlegte. Im Jahr 2002 fand in den Räumlichkeiten der UNESCO in Paris die Konferenz »Défaire le développement, refaire le monde« mit 800 Teilnehmern statt. Die Konferenz besiegelte ein Bündnis zwischen Umweltaktivisten aus Lyon wie Bernard, Clémentin und Cheynet und der akademischen Ak-

teure des Post-Development, denen Latouche angehörte (siehe **Entwicklung**). 2002 wurde in Lyon das Institut d'études économiques et sociales pour la décroissance soutenable (Institut zur Wirtschafts- und Sozialforschung für nachhaltiges Degrowth) gegründet. Ein Jahr später organisierte das Institut in der Stadt das erste internationale Kolloquium zu dem Thema *sustainable degrowth* mit über 300 Teilnehmern aus Frankreich, der Schweiz und Italien. Zu den Sprechern gehörten Serge Latouche, Mauro Bonaiuti, Paul Ariès, Jacques Grinevald, François Schneider und Pierre Rabhi, die später zu den profiliertesten Autoren zum Thema Degrowth werden sollten. Im selben Jahr gaben Bernard, Clémentin und Cheynet das Buch *Objectif décroissance* heraus, das 8000-mal verkauft und ins Italienische, Spanische und Katalanische übersetzt wurde.

Die *Décroissance*-Bewegung erlebte in Lyon Anfang der 2000er Jahre in der Folge von Demonstrationen für autofreie Städte, gemeinsame Mahlzeiten auf der Straße, Lebensmittelkooperativen und Kampagnen gegen Werbung eine Blütezeit. Von Frankreich ausgehend, wurde *décroissance* ein Slogan, den grüne Aktivisten und Globalisierungsgegner 2004 in Italien (als *decrescita*) und 2006 in Katalonien und Spanien (als *decreixement* und *decrecimiento*) aufgriffen. Ein größeres Publikum erreichte die Degrowth-Bewegung in Frankreich 2004 durch Konferenzen, direkte Aktionen und Initiativen wie die Zeitschrift *La Décroissance, le journal de la joie de vivre*, die heute eine Monatsauflage von 30.000 Exemplaren hat. Im selben Jahr trat der Wissenschaftler und Aktivist François Schneider mit einem Esel eine einjährige Wanderschaft durch Frankreich an, um den Degrowth-Gedanken zu verbreiten, und erregte damit bei den Medien große Aufmerksamkeit. 2007 gründete Schneider gemeinsam mit Denis Bayon in Frankreich das akademische Kollektiv Research & Degrowth, später gesellte sich Fabrice Flipo hinzu und setzte sich für mehrere internationale Konferenzen ein. Die erste wurde 2008 in Paris abgehalten, die zweite 2010 in Barcelona.

Der englische Begriff *degrowth* wurde auf der Pariser Konferenz zum ersten Mal »offiziell«¹ gebraucht, die damit zur Geburtsstunde einer internationalen Forschungsgemeinde wurde. Als sich die Gruppe des Institute of Environmental Science and Technology der Autonomen Universität Barcelona (ICTA) der Bewegung anschloss und die zweite Konferenz ausrichtete, wuchs die Degrowth-Forschungsgemeinschaft über ihre Hochburgen in Frankreich und Italien hinaus. Das ICTA stellte Verbindungen zu Wissenschaftlern aus dem Bereich der ökologischen Ökonomie und zu lateinamerikanischen Netzwerken für **Politische Ökologie** und **Umweltgerechtigkeit** her. Nach dem Erfolg der Konferenzen in Paris und Barcelona fanden weitere Konferenzen in Montreal (2011), Venedig (2012) und Leipzig (2014) statt, Budapest wird 2016 folgen. Das Thema Degrowth wurde von Gruppen und Aktivitäten in Flan-

dern, der Schweiz, Finnland, Polen, Griechenland, Deutschland, Portugal, Norwegen, Dänemark, Tschechien, Mexiko, Brasilien, Puerto Rico, Kanada, Bulgarien, Rumänien und anderswo aufgegriffen.

Seit 2008 hat der englische Begriff in wissenschaftliche Zeitschriften Einzug gehalten; zu dem Thema erschienen über 100 Artikel und mindestens sieben Sonderausgaben in wissenschaftlichen Zeitschriften (Kallis et al. 2010; Cattaneo et al. 2012; Saed 2012; Kallis et al. 2012; Sekulova et al. 2013; Whitehead 2013; Kosoy 2013). Der Degrowth-Gedanke ist Gegenstand der Lehre an Universitäten in aller Welt geworden, darunter auch an prestigeträchtigen Einrichtungen wie *SciencePo* in Paris. Der Begriff wurde von französischen und italienischen Politikern gebraucht und missbraucht; viele namhafte Zeitungen, darunter *Le Monde*, *Le Monde Diplomatique*, *El País*, *The Guardian*, *The Wall Street Journal* und die *Financial Times* brachten Artikel zu dem Thema.

Aber was bedeutet Degrowth eigentlich genau?

Degrowth heute

Degrowth bedeutet zuallererst **Wachstumskritik**. Degrowth-Anhänger fordern die Dekolonialisierung der öffentlichen Debatte von der Sprache des Ökonomismus und die Abschaffung des Wirtschaftswachstums als gesellschaftliches Ziel. Darüber hinaus zeigt Degrowth auch eine erwünschte Richtung auf, eine Richtung, in der Gesellschaften weniger natürliche Ressourcen verbrauchen, sich anders organisieren und anders leben werden als heute. Begriffe wie »Teilen«, »Einfachheit«, »Konvivialität«, »Fürsorge« und »Commons/Allmende« geben wichtige Hinweise darauf, wie diese Gesellschaft aussehen könnte.

In der Regel bringt man Degrowth mit der Idee in Zusammenhang, dass »kleiner« schön sein kann. UmweltökonomInnen definieren Degrowth als eine gerechte und notwendige Absenkung von Produktion und Konsum, die den gesellschaftlichen Durchsatz an Energie und Rohmaterial reduziert (Schneider et al. 2010).

Unser Schwerpunkt liegt hier jedoch auf dem *Anders* und nicht nur auf dem *Weniger*. Degrowth steht für eine Gesellschaft mit einem geringeren **Metabolismus** oder Stoffwechsel, aber noch wichtiger, für eine Gesellschaft mit einem Metabolismus, der eine *andere* Struktur hat und *neue* Aufgaben erfüllt. Degrowth verlangt nicht, dasselbe in einem kleineren Rahmen zu tun. Das Ziel ist nicht, den Elefanten schlanker zu machen, sondern es geht darum, ihn in eine Schnecke zu verwandeln. In einer Degrowth-Gesellschaft wird alles anders sein: andere Aktivitäten, andere Energieformen, die anders eingesetzt werden, andere Beziehungen, andere Geschlechterrollen, eine andere Aufteilung der Zeit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, andere Beziehungen zur nichtmenschlichen Welt.

Degrowth bietet einen Rahmen, der vielfältige Ideen, Konzepte und Vorschläge verbindet (Demaria et al. 2013). Innerhalb dieses Rahmens gibt es jedoch einige Schwerpunkte (siehe die nachfolgende Abbildung). Das erste ist die Kritik am **Wachstum**. Das zweite die Kritik am **Kapitalismus**, einer Gesellschaftsordnung, die Wachstum verlangt und aufrechterhält. Zwei weitere starke Strömungen in der Degrowth-Literatur sind erstens die Kritik am **BIP** und zweitens die Kritik an der **Kommerzialisierung**, also dem Prozess der Umwandlung sozialer Produkte und sozioökologischer Dienstleistungen und Beziehungen in Waren mit einem Geldwert. Degrowth beschränkt sich jedoch nicht auf Kritik. Auf der konstruktiven Seite zentrieren sich die Vorstellungen bezüglich einer Degrowth-Gesellschaft auf die reproduktive Ökonomie der **Fürsorge** sowie die Wiedereroberung der alten – und die Schaffung neuer – **Commons** oder **Allmenden**. Gemeinschaftliche Fürsorge kommt in neuen Formen des Lebens und Produzierens zum Ausdruck, wie etwa in **Ökogemeinschaften** und **Kooperativen**. Durch neue staatliche Institutionen wie **Arbeitsumverteilung** sowie ein **Grund- und Höchsteinkommen**, also Strukturen, die die Last der Lohnarbeit verringern, kann Zeit für ehrenamtliche und fürsorgliche Tätigkeiten frei gemacht werden.

Degrowth ist nicht zu verwechseln mit negativem **BIP**-Wachstum. Dennoch wird als Folge der im Namen von Degrowth geforderten Betätigungen wahrscheinlich eine Reduzierung des **BIP**, wie es heute berechnet wird, eintreten. Eine grüne, soziale und gemeinschaftliche Ökonomie wird voraussichtlich das gute Leben ermöglichen, aber wohl kaum das Bruttoinlandsprodukt um zwei bis drei Prozent pro Jahr wachsen lassen. Degrowth-Befürworter beschäftigen sich damit, wie das unvermeidliche und wünschenswerte Absinken des **BIP** sozial tragfähig gemacht werden kann, da unter der Herrschaft



Die Stichwörter der englischen Fassung des Degrowth-Handbuchs (die jeweilige Größe zeigt, wie oft in diesem Buch ein Stichwort in den Einträgen genannt wird).

des **Kapitalismus** Volkswirtschaften in der Regel entweder wachsen oder zusammenbrechen.

Im Denken der meisten Menschen ist **Wachstum** (Growth) immer noch mit Fortschritt oder Wohlstand verbunden. Deshalb wehren sich manche fortschrittlichen Intellektuellen gegen die Verwendung des Terminus Wachstumsrücknahme, -abkehr oder Degrowth. Es sei nicht sinnvoll, wenden sie ein, für erwünschte Veränderungen einen »negativen Begriff« zu benutzen. Doch der Gebrauch einer Negation für ein positives Projekt zielt darauf ab, das »Imaginäre« zu kolonialisieren, das in die Einbahnstraße einer nur vom Wachstum beherrschten Zukunft führt. Das Wort »Degrowth« soll gerade diese automatische Verknüpfung von Wachstum und »besser« aufbrechen. Degrowth-Vertreter müssen die scheinbar unumstößliche Erwünschtheit von Wachstum im gesellschaftlichen Denken hinterfragen, wenn eine Debatte um eine andere Zukunft in Gang gesetzt werden soll (Latouche 2009). »Degrowth« ist also ein gewollt subversiver Begriff.

Natürlich ist es unumgänglich, dass manche Sektoren wie etwa die Bildung, die Gesundheitsversorgung oder erneuerbare Energien in Zukunft blühen, während andere wie schmutzige Industrien oder der Finanzsektor schrumpfen müssen. Insgesamt wird dies zu Degrowth führen. Außerdem ziehen wir es vor, Wörter wie »blühen« statt »wachsen« oder »entwickeln« zu verwenden, wenn wir über die Gesundheitsversorgung oder den Bildungssektor sprechen. Der gewünschte Wandel ist ein qualitativer wie bei der Blüte der Kunst und kein quantitativer wie beim Wachsen der Industrieproduktion.

Das Wort »**Entwicklung**« ist, selbst wenn es von seiner belastenden historischen Bedeutung befreit werden könnte oder mit Attributen wie ausgeglichen, lokal oder nachhaltig schöngefärbt wird, ein problematischer Begriff, weil er ein vorbestimmtes Ende suggeriert: Ein Embryo »entwickelt« sich zu einem Erwachsenen, der dann altert und stirbt. In modernen liberalen Gesellschaften wird jedoch grundsätzlich geleugnet, dass es ein letztes gemeinsames Ziel gibt, und man tut so, als gäbe es nichts anderes als Aufstieg. Entwicklung wird so zum Selbstzweck: Entwicklung um der Entwicklung willen, darstellbar als unanfechtbarer Richtungspfeil des Fortschritts, ohne dass ein Ende in Sicht wäre (Castoriadis 1985).

Eine häufig vorgetragene Kritik an Degrowth lautet, dass es nur auf die überentwickelten Ökonomien des Globalen Nordens anwendbar sei. Die Wirtschaft in den ärmeren Ländern des Südens müsse erst noch wachsen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen. Tatsächlich wird eine Wachstumsabkehr im Norden ökologischen Raum für **Wachstum** im Süden schaffen. Die Armut im Süden ist die Folge der Ausbeutung seiner natürlichen und menschlichen Ressourcen zu geringen Kosten durch den Norden. Degrowth im Norden wird die Nachfrage nach und Preise von natürlichen

Ressourcen und Industriegütern senken, was sie für den sich entwickelnden Süden erschwinglicher macht. Doch eine Wachstumsabkehr im Norden sollte nicht darauf abzielen, dem Süden die Möglichkeit zu geben, dem früheren Weg des Nordens zu folgen. Vielmehr geht es in erster Linie darum, den Ländern des Südens Spielraum zu verschaffen, ihren eigenen Weg zu finden hin zu dem, was sie unter einem guten Leben verstehen. In den Ländern des Südens gibt es eine reiche Vielfalt alternativer Weltanschauungen und politischer Projekte wie **Buen Vivir** in Lateinamerika (oder **Sumak Kawsay** in Ecuador): **Ubuntu** in Südafrika oder die an Gandhis Philosophie anknüpfende **Economy of Permanence** in Indien. Bei all diesen Konzepten handelt es sich um Alternativen zur **Entwicklung**, die einem anderen sozioökonomischen Weg folgen. Häufig ist mit ihnen der Ruf nach globaler **Umweltgerechtigkeit** verbunden. Sie können nur gedeihen, wenn sich die **Wachstumsfantasien** in den Ländern des Nordens, die sie auch dem Rest der Welt aufdrängen, wenn nicht sogar aufzwingen, zurückziehen.

Das Degrowth-Panorama

Im Folgenden gliedern wir die (alte und neue) Degrowth-Literatur in fünf Themen: die Grenzen des Wachstums; Degrowth und Autonomie; Degrowth als Repolitisierung; Degrowth und Kapitalismus; sowie Vorschläge für den Übergang in eine Degrowth-Gesellschaft.

Die Grenzen des Wachstums

Die Grundthesen des Degrowth-Denkens sind, dass **Wachstum** unwirtschaftlich, ungerecht und ökologisch nicht nachhaltig ist und niemals genügt. Und wahrscheinlich wird das Wachstum spätestens dann aufhören, wenn es an äußere und innere Grenzen stößt.

Wachstum ist unwirtschaftlich, weil der Schaden durch negative externe Effekte schneller zunimmt als der Wohlstand – zumindest in den entwickelten Ländern (Daly 1996). Zu den Kosten des **Wachstums** gehören psychische Erkrankungen, lange Arbeitszeiten, Verkehrsbelastungen und Umweltverschmutzung (Mishan 1967). Im **BIP** werden Kosten wie etwa die für den Bau eines Gefängnisses oder die Reinigung eines Flusses als Positiva ausgewiesen.³ Folglich mag das **BIP** vielleicht weiterhin wachsen, doch Wohlstandsfaktoren, wie sie im Genuine Progress Index (Echter Fortschrittsindex) oder im Index of Sustainable Economic Welfare (Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand) genannt werden, stagnieren in den meisten entwickelten Ökonomien seit den 1970er Jahren. Oberhalb eines bestimmten Nationaleinkommens erhöht Gleichheit und nicht Wachstum das soziale Wohlergehen (Wilkinson und Pickett 2009).

Wachstum ist erstens ungerecht, weil es durch unsichtbare reproduktive Arbeit im Privathaushalt subventioniert und aufrechterhalten wird (siehe **Fürsorge**). Die **Feministische Ökonomie** zeigt, dass diese Arbeit genderspezifisch ist und größtenteils von Frauen erledigt wird. Wachstum ist zweitens ungerecht, weil es auf einem ungleichen Ressourcentransfer zwischen den Ländern im Zentrum und denen an der Peripherie sowie Zentrum und Peripherie innerhalb der Länder beruht. Die Energie und die Materialien, die das Wachstum nähren, werden an den **Rohstoffgrenzen** gefördert, und zwar häufig in den Territorien indigener Völker oder in unterentwickelten Regionen, die unter den Folgen des Raubbaus leiden. Abfälle und Schadstoffe werden in marginalisierten Gebieten, Gemeinden oder Stadtvierteln entsorgt, in denen die unteren Schichten der Gesellschaft und Menschen mit einer anderen Hautfarbe oder Ethnie als die Mehrheit der Bevölkerung leben (siehe **Umweltgerechtigkeit**). Doch obwohl **Wachstum** unwirtschaftlich und ungerecht ist, kann es gerade deshalb erhalten bleiben, weil die Gewinne denen zufließen, die Macht ausüben, während die Kosten den Marginalisierten zugeschoben werden.

Die **Kommerzialisierung** als integraler Bestandteil des **Wachstums** lässt Gemeinschaftsgefühl sowie Sitten und Gebräuche erodieren. **Fürsorge** (oder »Sorgearbeit«), Gastfreundschaft, Liebe, Bürgerpflichten, Naturschutz, spirituelle Kontemplation – all das gehorchte früher nicht der Logik des persönlichen Profits (siehe **Antiutilitarismus**). Heute aber werden sie in der formellen **BIP-Ökonomie** zunehmend als Objekte des Markts bewertet und mit Geld bezahlt. Profitmotive verdrängen moralische oder altruistische Verhaltensweisen mit der Folge, dass das soziale Wohlergehen leidet (Hirsch 1976).

Über ein bestimmtes Niveau hinaus steigert Wachstum nicht das **Glück**, denn sobald die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind, wird zusätzliches Einkommen nur für immer mehr Statusgüter ausgegeben (z. B. ein Haus, das größer ist als das des Nachbarn). Relativer, nicht absoluter Wohlstand bestimmt, welchen Zugang man zu Statusgütern hat. Jeder strebt nach **Wachstum**, um seinen Status zu erhöhen, weil aber alle zusammen aufsteigen, schneidet niemand besser ab. Es ist ein Nullsummenspiel. Schlimmer noch, Wachstum verteuert die Statusgüter. Das sind die **sozialen Grenzen des Wachstums**: Das Wachstum kann das Ringen um Status niemals beenden, sondern nur schlimmer machen. **Wachstum** wird daher niemals »genug« für alle hervorbringen (Skidelsky und Skidelsky 2012).

Zudem ist **Wachstum** ökologisch nicht nachhaltig. Bei einem anhaltenden globalen Wachstum werden die meisten Ökosysteme der Erde ihre Belastungsgrenzen überschreiten. Es gibt einen engen, direkten Zusammenhang zwischen dem BIP und den Kohlenstoffemissionen, die zum Klimawandel führen (Anderson und Bows 2001). Theoretisch könnte die Wirtschaft durch die Weiterentwicklung sauberer und effizienterer Technologien oder durch eine Um-

strukturierung hin zum Dienstleistungssektor dekarbonisiert werden. Doch bei einem jährlichen weltweiten Wachstum von zwei bis drei Prozent ist der erforderliche Grad der Dekarbonisierung praktisch nicht zu schaffen. Die globale Karbonintensität (C/\$) müsste bis 2050 um das 20- bis 130-Fache gegenüber heute gesenkt werden, doch zwischen 1980 und 2007 ging sie nur um 23 Prozent zurück (Jackson 2008). Bislang gibt es kaum Länder, die von sich behaupten können, sie hätten bei gleichzeitigem Wachstum ihren Materialverbrauch oder ihre Kohlenstoffemissionen reduziert. Und wenn doch, dann deshalb, weil sie schmutzige Industrien in Entwicklungsländer verlagert haben. Absolute Verminderungen des Energie- und Materialverbrauchs (siehe **Dematerialisierung**) werden höchstwahrscheinlich nicht durch technischen Fortschritt erreicht: Je größer der technische Fortschritt und die Effizienz einer Wirtschaft ist, desto mehr Ressourcen verschlingt sie, weil diese billiger werden (siehe **Jevons' Paradoxon**). Dienstleistungsökonomien sind in materieller Hinsicht ebenfalls keine Leichtgewichte. Sie haben einen hohen Anteil an **Energie** (graue Energie). Computer oder das Internet benötigen große Mengen Seltenen Erden und Energie sowie Wissen und Arbeit, die ebenfalls mit Energie und Material »produziert« wurden (Odum und Odum 2001).

In den entwickelten Volkswirtschaften könnte das **Wachstum** an ein Ende kommen, und zwar aufgrund abnehmender Grenzerträge (Bonaiuti 2014): weil die technologischen Neuerungen keine Effizienzsteigerung mehr bewirken können (Gordon 2012) oder weil bei der Schaffung effektiver Nachfrage- und Investitionsmöglichkeiten die Grenzen erreicht sind und sich demzufolge kein Kapital mehr durch Zinseszins akkumulieren kann (Harvey 2010). Natürliche Ressourcen setzen dem Wachstum ebenfalls Grenzen: Wirtschaftswachstum vermindert die Energievorräte hoher Ordnung (niedrige Entropie) und verwandelt sie in Wärme und Emissionen niedriger Ordnung (hohe Entropie).

Peak Oil, das Fördermaximum bei den wichtigen Rohstofflagern, wie etwa Phosphor, sowie der Klimawandel durch Kohlenstoffemissionen schränken bereits jetzt das **Wachstum** ein, und neue Rohstoffe, die das Öl ersetzen, wie beispielsweise Schiefergas, sind ebenfalls nicht unerschöpflich und, im Fall von Kohle oder Teersand, häufig noch schmutziger, sodass sie den Klimawandel weiter beschleunigen. Erneuerbare Energie durch Sonneneinstrahlung und Wind ist sauberer, aber die Anlagen bringen im Vergleich zu fossilen Brennstoffen mit der gegenwärtigen Technologie weniger Mehrwert an Energie (EROI, Energieertrag im Verhältnis zum Energie-Input). Für den Übergang zu den Erneuerbaren muss sehr viel konventionelle Energie aufgewendet werden. Angesichts des geringen EROI im Vergleich zu fossilen Brennstoffen kann eine Solarkultur nur kleine Ökonomien tragen. Der Übergang zu den Erneuerbaren führt unausweichlich in eine Degrowth-Gesellschaft.

Unter dem Aspekt des Degrowth-Gedankens ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise das Ergebnis systemischer Wachstumsgrenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine zyklische Krise oder einen Fehler im Kreditsystem. Erstens wurde die Krise in den USA durch die Erhöhung der Ölpreise ausgelöst; der Binnenhandel litt darunter, und die Beschäftigten konnten sich das Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz nicht mehr leisten. Dies wiederum führte zu Zwangsverkäufen von Eigenheimen und schließlich zur Subprime-Hypothekenkrise. Zweitens wuchs die Scheinwelt der Finanzwirtschaft (Blase) und mit ihr die Zahl der Privatkredite, weil es keine andere Wachstumsquelle und keine andere Möglichkeit gab, einen Nachfragerückgang zu verhindern. Private und öffentliche Schulden stützten eine Wachstumsrate, die sonst nicht hätte erreicht werden können (Kallis et al. 2009). Dadurch wurde die Stagnation zwar hinausgeschoben, aber nur vorübergehend.

Degrowth und Autonomie

Dass das Wachstum Grenzen und irgendwann ein Ende hat, ist nicht unbedingt schlecht. Für viele Degrowth-Anhänger bedeutet die Wachstumsabkehr nicht die Anpassung an unausweichliche Grenzen, vielmehr ist es für sie ein erstrebenswertes Projekt auf dem Weg zur **Autonomie**. **Autonomie** war für Denker wie Illich, Gorz und Castoriadis ein zentraler Begriff, wenngleich ihn jeder von ihnen ein wenig anders interpretierte. Illich (1973) verstand darunter das Freisein von großen, von der Technik beherrschten Infrastrukturen und zentralisierten bürokratischen Institutionen, seien sie öffentlich oder privat, die diese Infrastruktur verwalten. Für Gorz (1982) ist Autonomie das Freisein von Lohnarbeit. Autonom ist die Sphäre nichtbezahlter Arbeit, wo der Einzelne und kollektive Gemeinschaften Muße haben und für den eigenen Gebrauch und nicht für Geld produzieren. Für Castoriadis (1987) hingegen bedeutet Autonomie die Möglichkeit eines Kollektivs, gemeinsam über seine Zukunft zu entscheiden, frei von äußeren (»heteronomen«) Imperativen und Gegebenheiten wie etwa vom Gesetz Gottes (Religion): oder den Gesetzen der Wirtschaft (Ökonomie).

Illich-Anhänger unter den Degrowth-Bewegten erheben daher nicht nur wegen **Peak Oil** oder wegen des Klimawandels Einwände gegen fossile Brennstoffe, sondern auch, weil ein hoher Energieverbrauch komplexe technologische Systeme stützt. Komplexe Systeme verlangen spezialisierte Fachleute und Bürokratien zu ihrer Verwaltung und führen unweigerlich zu nichtegalitären und undemokratischen Strukturen, das heißt zu Hierarchien. **Autonomie** hingegen erfordert konviviale Mittel, das heißt Mittel, die von den Nutzern verstanden, gelenkt und kontrolliert werden können. Ein urbaner Garten, ein Fahrrad oder ein selbstgebautes Lehmziegelhaus sind konviviale und autonome Produkte. Ein unkrautresistentes Feld mit gentechnisch veränderten

Pflanzen, ein Hochgeschwindigkeitszug oder ein energieeffizientes »intelligentes Gebäude« sind es nicht. Degrowth-Anhänger kritisieren solche Hightechprojekte ökologischer Modernisierung und des Green Growth nicht nur, weil sie sich am Ende als nicht nachhaltig erweisen könnten, sondern weil sie die **Autonomie** einschränken. Projekte, die von Degrowth-Visionen zeugen – Bepflanzung leerer Parzellen in Städten oder Fahrradselbsthilfwerkstätten –, sind konvivial, beruhen auf freiwilliger Arbeit und werden von den Beteiligten selbst gesteuert und gestaltet (siehe **Nowtopia**).

Statt die Grenzen des **Wachstums** zu beklagen, liegt in der Literatur über Autonomie der Schwerpunkt auf der kollektiven Selbstbeschränkung. Grenzen, oder besser Selbstbeschränkung, werden nicht der Natur zuliebe oder zur Vermeidung einer bevorstehenden Katastrophe beschworen, sondern weil ein einfaches Leben und die Minimierung unseres Fußabdrucks in der nicht-menschlichen Welt, in die wir hineingeboren sind, die Grundpfeiler eines guten Lebens sind. Nicht zuletzt befreit uns solche Selbstbeschränkung von der Lähmung durch ein schier unbegrenztes Warenangebot. Und nur Systeme von überschaubarer Größe können wirklich egalitär und demokratisch sein, da nur sie von ihren Nutzern direkt gelenkt werden können. Die Selbstbeschränkung ist deshalb »eine soziale Entscheidung ... und nicht ... ein äußerer Imperativ aus Umwelt- oder anderen Gründen« (Schneider et al. 2010, S. 513). Ökologische oder soziale Schäden und Risiken – Klimawandel, **Peak Oil** oder unwirtschaftliches Wachstum – untermauern nur die Notwendigkeit kollektiver Selbstbeschränkung.

Es ist kein Zufall, dass sich Degrowth-Vertreter auf die Neomalthusianer und Anarcho-Feministen auf Emma Goldman berufen und nicht auf Malthus selbst. Goldman und ihre Mitstreiter traten für die Geburtenkontrolle nicht wegen einer drohenden Bevölkerungsexplosion ein, sondern im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung des weiblichen Körpers als Gebärmaschine für Soldaten und billige Arbeitskräfte. Zwischen beiden Motiven besteht ein feiner, aber entscheidender Unterschied. Die Neomalthusianer entschieden sich bewusst für Geburtenkontrolle als Teil eines Projekts sozialer und politischer Veränderung. Sie hatten keine moralischen Motive und praktizierten Empfängnisverhütung weder, weil sie »mussten«, noch, um eine Katastrophe (siehe **Katastrophenpädagogik**) zu verhindern. Ihr Handeln war politisch. Sie stellten sich die Welt vor, die sie schaffen und in der sie leben wollten.

Degrowth als Repolitisierung

Der Begriff Degrowth wurde ausdrücklich als provokantes »Schlagwort« gewählt, um die Umweltbewegung zu repolitisieren und den entpolitisierenden Konsens nachhaltiger Entwicklung aufzubrechen (Ariès 2005). Denn der Begriff der nachhaltigen Entwicklung entpolitisiert die eigentlichen politischen

Gegensätze im Sprechen über die Zukunft, in der man leben möchte; er macht aus Umweltproblemen technische Fragen, verspricht Win-win-Lösungen und setzt auf das (nicht erreichbare) Ziel, **Entwicklung** weiter anzutreiben, ohne die Umwelt zu schädigen. Die durch nachhaltige Entwicklung verheißene ökologische Modernisierung weicht dem größten Dilemma der Gegenwart aus, das nach Bruno Latour (1998) darin besteht, ob »modernisiert oder ökologisiert« werden soll. Die Degrowth-Bewegung ergreift in dieser Frage Partei. Ökologisierung der Gesellschaft, so ihre Vertreter, heißt nicht, eine alternative, bessere oder grünere **Entwicklung** in Gang zu setzen. Es geht vielmehr darum, *Alternativen zur* modernen Entwicklung zu entwerfen und umzusetzen.

Entsprechend fordert die Degrowth-Bewegung die Politisierung von Wissenschaft und Technik gegen die zunehmende Technokratisierung der Politik. Eine saubere Trennung zwischen Wissenschaft und Politik ist nicht aufrechterhalten, wenn es um Fragen der globalen Wirtschaft oder den Klimawandel geht, ein Bereich, in dem »Kriege um die Wahrheit« geführt werden und Werte hinter den Erkenntnissen stehen, die verschiedene Akteure ins Feld führen. Neue Modelle der demokratisierten Wissensgewinnung sind notwendig. Die **Postnormale Wissenschaft** schlägt die Ausweitung der Peer-review-Gemeinschaft vor, um die Qualität des wissenschaftlichen Inputs bei der Entscheidungsfindung zu gewährleisten. Dieser Peer-review-Gemeinde sollen alle angehören, für die etwas auf dem Spiel steht, nicht zuletzt auch Laien. Die **Postnormale Wissenschaft** fordert dazu auf, Entscheidungen nicht mehr durch »Expertengruppen« wie Wissenschaftsausschüsse und Beratungsgremien fällen zu lassen, sondern von »Expertengemeinschaften« (D'Alisa et al. 2010).

Der apolitische, technokratische Diskurs um nachhaltige Entwicklung ist Ergebnis eines umfassenderen Prozesses der Entpolitisierung der öffentlichen Debatte in liberalen Demokratien mit der Folge, dass Politik auf die Suche nach technischen Lösungen vorformulierter Probleme reduziert wurde und kein echter Streit zwischen alternativen Visionen mehr geführt wird. Die **Politische Ökologie** schreibt diese Entpolitisierung dem Aufstieg des Neoliberalismus und dem Washington Consensus zu. Durch sie wurden ursprünglich souveräne politische Entscheidungen den Bedürfnissen des unregulierten Kapitals und der liberalisierten Märkte unterworfen. Degrowth-Wissenschaftler stimmen Letzterem zwar zu, datieren die Ursprünge der Entpolitisierung aber auf eine frühere Zeit.

Neoliberale Reformen werden bis heute im Namen des Wachstums und dieses im Namen der **Entwicklung** gerechtfertigt. Dieser Konsens in der Frage der **Entwicklung**, der sich quer durch das gesamte politische Spektrum zieht und sogar jenseits des Eisernen Vorhangs galt, entleerte das Politische bereits vor dem Aufkommen des Neoliberalismus: Sozialistische Volkswirtschaften

waren am Ende nichts anderes als Staatskapitalismus, weil auch sie im Streben nach **Wachstum** und **Entwicklung** gefangen blieben.

Ein Kennzeichen der modernen kapitalistischen wie sozialistischen Volkswirtschaften ist die (institutionalisierte) Investition eines beträchtlichen Teils des gesellschaftlichen Überschusses in neue Produktion. Dadurch wird verleugnet, was in den früheren Zivilisationen ein Akt politischer Souveränität schlechthin war: die Entscheidung über die Verwendung des Überschusses (siehe **Dépense – Verausgabung**). In früheren Zivilisationen wurde der Überschuss oft für »verschwenderische« Ausgaben verwendet, die keinem utilitaristischen Zweck dienten (siehe **Antiutilitarismus**). Ausgaben für Pyramiden, Kirchen, Feste, Ritualfeuer oder – bei den Ureinwohnern Amerikas – *Potlatch* (ein Fest von Bewohnern der nordwestlichen Pazifikküste) waren für diese Gesellschaften Ausdruck des »guten Lebens« und wurden nicht getätigt, um zur Produktion oder zum **Wachstum** beizutragen. In der modernen industriellen Zivilisation werden solche Akte verschwenderischer Verausgabung kommerzialisiert und individualisiert. In der Moderne muss jeder Einzelne den Sinn des Lebens für sich finden. Dies geschieht unter der Prämisse, jedes Individuum habe das Recht, alle dafür notwendigen Ressourcen zu mobilisieren. Auf die gesellschaftliche Ebene übertragen, wird daraus die nicht verhandelbare Forderung nach **Wachstum**: Nur durch Wachstum können die Forderungen aller sich nicht einschränkenden Individuen befriedigt werden. Während die Individuen jedoch vergeblich nach Sinn suchen, wird die genuin »politische« Sphäre, wo Sinn durch kollektive Akte der Verausgabung oder **Dépense** gesellschaftlich konstruiert werden könnte, entleert und dem Imperativ des **Wachstums** untergeordnet.

Degrowth und Kapitalismus

Eric Hobsbawm (2011, S. 12) sagte sehr spät in seinem langen Leben einmal, es gebe »einen offensichtlichen Konflikt zwischen der Notwendigkeit, die Auswirkungen unserer Ökonomie auf die Biosphäre rückgängig zu machen oder zumindest zu begrenzen, und den Imperativen des kapitalistischen Markts: größtmögliches Wachstum um des Profits willen«. Dieser Aussage liegen zwei Prämissen zugrunde. Die erste wurde bereits weiter oben dargelegt: Wirtschaftswachstum erhöht unvermeidlich den Materialdurchsatz und wirkt sich negativ auf die Biosphäre aus (entgegen der Behauptung von Vertretern des grünen Wachstums oder eines grünen Kapitalismus, dass es möglich sei, zu wachsen und gleichzeitig die Folgen für die Umwelt zu mildern). Die zweite Prämisse lautet, dass **Wachstum** im Kapitalismus ein Imperativ ist.

Theoretisch könnte der **Kapitalismus** auch ohne Wachstum fortbestehen. Kapitalistische Ökonomien durchlaufen sogar ungewollt Perioden des geringen, des Null- oder negativen Wachstums. Doch diese dürfen nur vorüber-

gehend sein. Im Kapitalismus führt fehlendes Wachstum zu einer erhöhten Ausbeutung der Arbeitskräfte, wenn die Gewinnmarge erhalten bleiben soll (Blauwhof 2012; Harvey 2010). Doch eine Intensivierung der Ausbeutung ist ohne Gewalt und Gegengewalt nicht allzu lange möglich. Mangelndes oder fehlendes Wachstum destabilisiert daher den **Kapitalismus** und die liberale Demokratie. Historische Beispiele hierfür sind der Aufstieg des Faschismus nach der Weltwirtschaftskrise oder des Kommunismus in Russland davor, beides politische Projekte, die den **Kapitalismus** verändern oder beenden wollten. **Wachstum** verhindert Konflikte um eine Umverteilung und stützt den **Kapitalismus** politisch. In diesem konkreten, nicht im abstrakten Sinne ist **Wachstum** im Kapitalismus ein Imperativ.

Die Geschichte legt nahe, dass eine freiwillige Entscheidung von kapitalistischen Ländern, nicht mehr zu wachsen, höchst unwahrscheinlich ist. Theoretisch aber könnte man sich ein Szenario vorstellen, bei dem politische Kräfte auf demokratischem Weg an die Macht kommen, die Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch sowie soziale Mindeststandards durchsetzen (z. B. eine **Beschäftigungsgarantie** für Arbeitslose) und damit den kapitalistischen Betrieb sozial und ökologisch in die Schranken weisen (Lawn 2005). Doch damit dies realisiert werden kann, wäre eine radikale Umverteilung der politischen Macht notwendig. Obergrenzen, ein neues Steuersystem oder Einkommens- und Arbeitsplatzgarantien schaden aber den wirtschaftlichen Interessen mächtiger Unternehmen mit privilegiertem Zugang zu Regierungen. Blauwhof (2012) legt dar, dass diese institutionellen Reformen nur durch eine Revolution herbeigeführt werden können. Wäre ein System nach derart dramatischen politischen und institutionellen Veränderungen überhaupt noch kapitalistisch? Jackson (2009) hält einen Kapitalismus unter diesen Bedingungen zwar für möglich, aber er wäre ein völlig anderer; außerdem seien für ihn begriffliche Debatten über die Bezeichnung des Systems in einer blühenden Zukunft ohne Wachstum uninteressant. Skidelsky und Skidelsy (2013) hingegen argumentieren, das Ende des Wachstums stelle uns vor die Aufgabe, »uns auszumalen, wie ein Leben nach dem Kapitalismus aussehen könnte; denn ein Wirtschaftssystem, in dem kein Kapital mehr akkumuliert wird, ist kein Kapitalismus mehr, egal, wie man es nennen möchte«.

Eine Degrowth-Wirtschaft bedeutet natürlich nicht nur die Verminderung des Materialdurchsatzes. Es geht darüber hinaus vor allem um das Denken und den Aufbau einer anderen Gesellschaft – einer Gesellschaft, die erkennt, dass sie genug hat und nicht mehr akkumulieren muss. Der **Kapitalismus** ist eine Ansammlung von Institutionen wie Privateigentum, Unternehmen und Aktiengesellschaften, Lohnarbeit, Privatkredit und Zinsen, die eine Dynamik von Profit auf der Suche nach mehr Profit (»Akkumulation«) erzeugen. Die Alternativen – Projekte und eine Politik, die die Vorstellung von Degrowth

verkörpern, sind im Wesentlichen nichtkapitalistisch: Durch sie verlieren zentrale kapitalistische Institutionen wie Eigentum, Geld und so weiter an Bedeutung, und an ihre Stelle treten Institutionen, die von anderen Werten und einer anderen Logik geprägt sind. Degrowth ist daher gleichbedeutend mit einem Wandel, der den Kapitalismus hinter sich lässt.

Die Wende zu einer Degrowth-Gesellschaft

Die Wende zur Degrowth-Gesellschaft ist keine kontinuierliche Abwärtsbewegung, sondern ein Wandel hin zu konvivialen Gesellschaften, die ein einfaches, gemeinschaftliches Leben führen und mit weniger auskommen. Es gibt verschiedenste Ideen, wie ein solcher Wandel in der Praxis erleichtert werden kann, welche Institutionen dabei hilfreich wären und welche Prozesse die Bemühungen bündeln und zur Blüte bringen könnten.

Die Wirtschaftspraxis der Graswurzelbewegung

Ökodörfer, Online-Communities (siehe **Digitale Commons**), die Zurücks-auf-Land-Bewegung, Kooperative, urbane Gärten, Regionalgeld, Zeitbanken, Tauschbörsen, Kindergarten- und Gesundheitsversorgungsvereine: Vor dem Hintergrund der Krise und angesichts des Versagens der konventionellen Institutionen bei der Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Menschen entstehen in Ländern und Provinzen wie Argentinien, Griechenland oder Katalonien spontan zahlreiche neue nichtkapitalistische Projekte und Institutionen (Conill et al. 2012).

Die Praxis der Graswurzelbewegungen zeichnet sich durch fünf Charakteristika aus: erstens durch den Wechsel von der Produktion für den Handel zur Produktion für den (eigenen) Gebrauch. Zweitens treten an die Stelle der Lohnarbeit freiwillige Aktivitäten, das heißt, es finden eine Entkommerzialisierung und Entprofessionalisierung der Arbeit statt. Drittens folgt die Praxis einer Logik, durch die anstelle der Güterzirkulation zumindest teilweise ein Austausch gegenseitiger »Geschenke« in Gang gesetzt wird, der nicht dem Profit dient (siehe **Antiutilitarismus**). Viertens ist diese Praxis im Gegensatz zum kapitalistischen Unternehmen nicht von der Dynamik der Akkumulation und Expansion bestimmt. Fünftens ist sie das Ergebnis von Commoning, das heißt Vergemeinschaftungsprozessen; Verbindungen und Beziehungen zwischen den Beteiligten haben einen Wert an und für sich. Diese Praxisformen sind nichtkapitalistisch: Sie weisen dem Privateigentum und der Lohnarbeit eine geringe Rolle zu. Es handelt sich um neue **Commons**- oder Allmendeformen.

Und auch in einem engeren Sinne sind dies Beispiele für Degrowth. Im Vergleich zu den staatlichen oder marktwirtschaftlichen Systemen verbrennen sie weniger Kohlenstoff und haben einen geringeren materiellen Durchsatz, obwohl

sie dieselben Leistungen erbringen. Sicher, bezogen auf eine Produkteinheit sind sie aufgrund geringerer Spezialisierung und Arbeitsteilung vielleicht weniger effektiv. Ein alternatives Netzwerk für biologische Lebensmittel beispielsweise benötigt womöglich mehr Beschäftigte pro Produkteinheit als ein Agrobusiness-Unternehmen (allerdings auch weniger Düngemittel, Pestizide und fossile Brennstoffe). Doch das ist nicht unbedingt ein Nachteil, wenn man die Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Dezentralisierte kooperative Systeme der Wasser- oder Energieproduktion liefern vielleicht weniger Wasser beziehungsweise Energie pro eingesetzter Arbeits- und Ressourceneinheit. Doch sie sind wahrscheinlich genau deshalb ökologisch unschädlicher, weil ihre geringe Produktivität ihre Größe einschränkt (ein umgekehrter **Jevons-Effekt**): weniger Effizienz pro Einheit, insgesamt kleiner.

Alternative Commoning-Praktiken liefern Anregungen für die Erneuerung öffentlicher Dienstleistungen und können deren Privatisierung abwenden. Kooperative Gesundheits- oder Bildungssysteme müssen nicht unbedingt an die Stelle öffentlicher Gesundheitsversorgung und Bildung treten. Aber deren steigende Kosten können vermindert werden, indem beispielsweise Eltern in die Bildung der Kinder einbezogen oder Nachbarschaftsnetzwerke von Ärzten und Patienten aufgebaut werden, die präventive Gesundheitschecks und eine ärztliche Grundversorgung bieten. Prävention auf der Grundlage einer genauen Kenntnis des Patienten ist weitaus billiger als hochtechnische Diagnosen und Behandlungen (diese können speziellen Fällen vorbehalten bleiben). Die Einbeziehung der Verbraucher ist generell billiger und demokratischer als die teure Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen an private, gewinnorientierte Versorger. Degrowth kann daher zu einer Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen statt zu deren Qualitätsminderung führen.

Sozialsystem ohne Wachstum

Wenn es kein Wachstum gibt, steigt die Arbeitslosigkeit. Im Übergang zu einer Degrowth-Gesellschaft werden neue Sozialeinrichtungen benötigt, um bezahlte Beschäftigung vom Wachstum beziehungsweise das Wohlergehen von bezahlter Beschäftigung zu entkoppeln. Eine solche Struktur ist die der **Beschäftigungsgarantie**, der zufolge der Staat in letzter Instanz als Arbeitgeber fungieren soll, um die faktische Arbeitslosigkeit auf null zu senken. Ein weiteres Beispiel ist der Vorschlag eines bedingungslosen **Grundeinkommens** für alle Bürger, das durch eine progressive Einkommens- und Gewinnsteuer sowie eine Konsumsteuer finanziert wird (während durch Besteuerung gleichzeitig ein Höchstehkommen festgelegt wird). Damit würden für alle, die keinen Zugang zu entlohnter Arbeit haben, ein Existenzminimum und soziale Sicherheit gewährleistet. **Arbeitsumverteilung** zwischen den Beschäftigten und Arbeitslosen durch eine Verminderung der Arbeitszeit im bezahlten Sektor kann

ebenfalls die Arbeitslosigkeit senken und zu einer Umverteilung des Wohlstands führen, sofern die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich gekürzt wird.

Die autonome Sphäre freiwilliger, konvivaler Aktivitäten kann sich ausweiten, wenn ein **Grundeinkommen** die Befriedigung elementarer Bedürfnisse gewährleistet oder **Arbeitsumverteilung** dafür sorgt, dass die bezahlte Arbeit weniger Zeit verschlingt. Durch **Beschäftigungsgarantie** können Aktivitäten in der autonomen Sphäre finanziert werden, etwa in den Bereichen **Sorgearbeit** und Bildung, in urbanen Obst- und Gemüsegärten, in **Kooperativen** oder in der Produktion kostenloser Software. Auf diese Weise würden neue soziale Institutionen und die Wirtschaftspraxis von Graswurzelbewegungen einander ergänzen.

Sorgearbeit, Bildung, medizinische Dienstleistungen und Programme zur Sanierung von Umweltschäden haben einen hohen sozialen Wert und bieten sinnvolle Beschäftigung; sie können zum Rückgrat einer **neuen Wirtschaftsordnung** werden, die ohne Wachstum blüht. Und weil es sich um eine arbeitsintensive Wirtschaft handeln wird, dürfte Arbeitslosigkeit kaum noch vorkommen.

Geld- und Kreditinstitutionen

Alternativwährungen bzw. Regionalgeld, Zeitbanken und lokale Tauschmärkte können zur Verminderung und Relokalisierung wirtschaftlicher Tätigkeit beitragen und die Zirkulation auf eine Gemeinschaft beschränken. **Alternativwährungen** dienen in Krisenzeiten als Ergänzung zum offiziellen Geldsystem und ermöglichen Menschen, die sonst ganz vom Markt ausgeschlossen wären, Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen. Vom Staat ausgegebenes Geld aber bleibt auch beim Übergang zu einer Degrowth-Gesellschaft der zentrale Ort der Intervention; erstens weil Steuern, ein Großteil der Gesamtzirkulation, in dieser Währung bezahlt werden; und zweitens weil **Alternativwährungen** den Erfordernissen des interkommunalen und internationalen Handels nicht gerecht werden, auf den man in komplexen Ökonomien wie der unseren nicht verzichten kann.

Ein Vorschlag für den Übergang zu einer Degrowth-Ökonomie lautet, dass der Staat den privaten Banken die Kontrolle über die Erzeugung von neuem Geld wieder entzieht (**Bürgergeld**). Privatbanken erzeugen praktisch neues Geld auf dem Markt, indem sie verzinslichte Kredite vergeben. Während Privatbanken nur durch solche Kreditschulden Geld erzeugen können, kann der Staat auch zinsfreies Geld zur Verfügung stellen, um öffentliche Bedürfnisse zu befriedigen. Beispielsweise könnte ein Staat Geld zur Finanzierung eines **Grundeinkommens**, für die **Beschäftigungsgarantie** oder zur Subventionierung von **Kooperativen**, für **Fürsorgedienste**, für den Umweltschutz oder erneuerbare Energien ausgeben. **Bürgergeld** würde die Lage der öffentlichen

Haushalte verbessern, weil der Staat die Seignorage (die Differenz zwischen dem Nominalwert des Geldes und den Kosten für seine Produktion) für sich beanspruchen und keine Schulden mehr bei Privatbanken machen würde, um öffentliche Ausgaben zu finanzieren.

Geld, das in Form von Krediten in Umlauf gebracht wird, führt zu einer Wachstumsdynamik. Schulden werden mit Zinsen zurückbezahlt, und Zinsen erfordern **Wachstum**. Es ist nicht zu erwarten, dass Volkswirtschaften weiterhin in dem Maße wachsen, wie es notwendig wäre, um Schulden zu bezahlen, die angehäuft wurden, um ein fiktives **Wachstum** aufrechtzuerhalten (Kallis et al. 2009). Schulden sind nichts anderes als soziale Beziehungen. In der Geschichte finden wir etliche Beispiele für Gesellschaften, die einen Schuldenschnitt gemacht und wieder bei null angefangen haben. Westliche Gesellschaften erhalten sich ihren materiellen Wohlstand, indem sie die Rückzahlung von Schulden in die Zukunft verlegen. Ein genereller Schuldenschnitt wird unausweichlich zu einer Absenkung des Lebensstandards kleiner Gläubiger und Sparer führen. Unter dem Degrowth-Aspekt besteht das Ziel nicht darin, das Wachstum wieder anzukurbeln und Schulden zurückzuzahlen, sondern darin, die Kosten eines Schuldenschnitts gerecht zu verteilen. Von Bürgern durchgeführte **Schuldenuids** sind von entscheidender Bedeutung, will man bestimmen, ob die Begleichung einer Geldschuld gerechtfertigt ist oder nicht. Es könnte zum Beispiel gerechtfertigt sein, die Schulden derer nachzulassen, deren Existenzminimum bedroht ist, und Schulden an Gläubiger nicht zurückzuzahlen, die mit hohen Gewinnen Geld verleihen.

Politik des Übergangs zur Degrowth-Gesellschaft

In der Degrowth-Literatur herrscht keine Einigkeit über die Politik und die politischen Strategien, mit denen erreicht werden kann, dass alternative, von Werten des Degrowth-Gedankens geprägte Institutionen die gegenwärtigen Institutionen des **Kapitalismus** ersetzen. Die bevorzugten Strategien reichen von denen der **Nowtopianer**, die gegen Lohnarbeit eintreten und ein klassenähnliches autonomes Leben führen und autonom produzieren, bis zu den gegenwärtigen sozialen Bewegungen, politischen Parteien und sogar **Gewerkschaften**. Wenn es einen Konsens in der Degrowth-Gemeinde gibt, dann ist es der, dass ein Wandel nur durch vielfältige Strategien und verschiedenste Akteure zustande kommen kann – durch eine Bewegung der Bewegungen, die die Alltagspraxis und zugleich die staatlichen Institutionen verändern (Demaria et al. 2013).

D'Alisa et al. (2013) unterteilen die Degrowth-Strategien und Akteure in zivilisierte und »unzivilisierte«, wobei unter Letzteren diejenigen verstanden werden, die sich nicht »reglementieren« lassen wollen. Organisierter **Ungehorsam** gehört zum Repertoire von Degrowth-Aktivist*innen. Das Spektrum des Un-

gehorsams reicht von der Besetzung verlassener Häuser (Hausbesetzungen) bis zu Sit-ins gegen Megaprojekte und Kohlekraftwerke. Hinzufügen könnte man auch die Landbesetzungen durch arbeitslose, landlose oder arme Bauern. Eine Form finanziellen zivilen **Ungehorsams** praktizierte Enric Duran, ein prominenter Degrowth-Aktivist in Barcelona, der 492.000 Euro »enteignete«, indem er kurz vor der Finanzkrise im Jahr 2008 bei 39 Banken Kredite aufnahm, um das spekulative Kreditsystem anzuprangern, und das Geld alternativen Projekten zur Verfügung stellte.

Latouche (2009) dagegen glaubt, dass sich der Wandel vor allem durch parlamentarische Prozesse und Aktionen an der Basis vollziehen wird. Er fordert von den linken Parteien, Degrowth auf ihre Tagesordnung zu setzen, ist aber gegen eine »Degrowth-Partei« im strengen Sinne. Andere setzen eher auf soziale Bewegungen wie die **Indignados (Occupy)**: um das parlamentarische System durch eine direktere Form der Demokratie zu ersetzen, wie sie etwa in den Versammlungen der Indignados- und Occupy-Bewegung auf den besetzten Plätzen vorgeführt wird. Wieder andere stellen das transformative Potenzial einer nichtkapitalistischen Wirtschaftspraxis an der Basis in den Mittelpunkt, wie etwa in der Bildung, bei der **Sorgearbeit**, der Nahrungsmittelversorgung, in der Lebensführung und Produktionsweise, die alle als politisch verstanden werden, obwohl sie nicht in der traditionellen Arena stattfinden, die gemeinhin mit Politik verbunden wird: in politischen Parteien, durch Wahlen oder in Parlamenten. Sie sind **politisch**, weil sie konkrete Alternativen zu den dominierenden Institutionen des **Kapitalismus** entwickeln, die dann allgemeine Verbreitung finden können. Interessanterweise bringen die Methoden der **Indignados (Occupy)** – Sit-ins, urbane Gärten auf besetzten Grundstücken, Volksküchen, Tauschmärkte – prototypisch die Werte der alternativen Projekte zum Ausdruck.

Eine Hypothese lautet, dass ein systemischer Wandel in Richtung Degrowth derselben Dynamik folgen wird wie die systemischen Veränderungen in der Vergangenheit. Der Kapitalismus ging aus dem Feudalismus hervor, als zunächst Verbindungen zwischen neuen Wirtschaftsinstitutionen (Unternehmen, Aktiengesellschaften, Handelsverträge, Banken, Investitionen) hergestellt wurden und dann zwischen Institutionen, die durch soziale Kämpfe zur Stärkung dieser Neuerungen entstanden (Abschaffung der Monarchien und der feudalen Privilegien, Einhegung der **Allmenden**, liberale Demokratie, Gesetze zum Schutz des Privateigentums). Die praktische Arbeit von Graswurzelbewegungen, die in diesem Abschnitt erwähnten neuen Währungseinrichtungen sowie Institutionen, die das Wohlergehen fördern, könnten die Saat legen für einen grundlegenden Wandel, der aus dem System selbst, aus der jüngsten Krise des **Kapitalismus** hervorgeht, während die Ära des Wachstums und der Expansion endet.

Die Zukunft des Degrowth-Gedankens

Die Zukunft der Degrowth-Bewegung ist offen. Weitere Forschung ist notwendig, um die zentralen Thesen zu untermauern, die in der Degrowth-Gemeinde fest verankert sind und gemeinsame Prämissen darstellen, obwohl sie von der Wissenschaft und der Gesellschaft insgesamt noch längst nicht anerkannt werden. Zu diesen Thesen gehören: Eine **Dematerialisierung** durch technologischen Fortschritt ist nicht möglich, und ein katastrophaler Klimawandel ist unausweichlich, wenn am **Wachstum** festgehalten wird; die entwickelten Volkswirtschaften werden, zum Teil durch die Knappheit der Ressourcen, in eine Periode systemischer Stagnation eintreten; eine Abkehr vom **Wachstum** wird die Politik eher wiederbeleben und die Demokratie fördern als zur Zerstörung beider zu animieren. Weitere wissenschaftliche Forschung kann zeigen, wie sich Menschen und Länder fehlendem Wachstum anpassen, warum manche der Graswurzelbewegungen beschrittenen Wege erfolgreich sind, während andere scheitern oder in den Mainstream eingebunden werden, oder wie und unter welchen Bedingungen neue soziale Institutionen die Resultate bringen, die ihre Verfechter prophezeien.

Die politische Frage dreht sich um die soziale Dynamik, die Akteure, die Bündnisse und die Prozesse, die zu einem Wandel in Richtung Degrowth führen werden. Es ist keine rein intellektuelle Frage. Sozialer Wandel ist ein Schöpfungsprozess, dessen Verlauf man nicht voraussagen kann. Allerdings können wissenschaftliche Studien Argumente und Narrative liefern, die die Politik des Übergangs anregen. Die in diesem Beitrag vorgelegten Überlegungen tun das bereits. Wenn jedoch Degrowth ein lebendiges Konzept bleibt und seine Frische nicht verliert, gibt es keinen Grund, warum es bei diesen Narrativen bleiben sollte. Wir können das »Rohmaterial« des Degrowth-Vokabulars nutzen und ständig Vorstellungen und Argumente kreieren, die nicht in die Falle falscher Gegensätze geraten wie »Austerität versus Investitionen«. Das versuchen wir im Nachwort dieses Buchs, in dem wir eine neue These formulieren, die Degrowth im Konzept der **Dépense** verankert.

ANMERKUNGEN

- 1 In diesem Beitrag haben wir die Originaltitel in französischer Sprache meist belassen, nicht nur aus Gründen des sprachlichen Pluralismus oder der Praktikabilität, sondern auch, weil viele der verwendeten Begriffe auf Französisch schlicht anregender klingen.
- 2 In der ursprünglichen Übertragung des Texts *Ecologie et liberté* (1977) ins Englische (1980) wurde *décroissance* mit dem irreführenden Begriff »Wachstumsumkehr/inversion of growth« übersetzt. Wir verwenden hier stattdessen den Begriff »Degrowth«.

- 3 Wo in diesem Kapitel keine Literaturverweise angegeben sind, werden die jeweiligen Thesen oder Behauptungen durch die entsprechenden Einträge (fett gedruckt) untermauert.

LITERATUR

- Amar, A. (1973): »La croissance et le problème moral«, *Cahiers de la Nef*, »Les objecteurs de croissance«, 52, S. 133.
- Anderson, K. & Bows, A. (2011): »Beyond ›dangerous‹ climate change: Emission scenarios for a new world«, *Philosophical Transitions of the Royal Society*, 369, S. 2–44.
- Ariès, P. (2005): *Décroissance ou Barbarie*, Lyon.
- Blauwhof, F. B. (2012): »Overcoming Accumulation: Is a Capitalist Steady-State Economy Possible?« *Ecological Economics*, 84, S. 254–261.
- Bonaiuti, M. (2014): *The Great Transition*, London.
- Castoriadis, C. (1985): »Reflections on ›Rationality‹ and ›Development‹«, *Thesis*, 10/11, S. 18–35.
- Castoriadis, C. (1975): *L'institution imaginaire de la société*, Paris [dt. *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwürfe einer politischen Philosophie*, Frankfurt a. M., 1990].
- Cattaneo, C. et al. (Hrsg.) (2012): »Degrowth Futures and Democracy«, Sonderausgabe, *Futures*, 44 (6), S. 515–523.
- Conill, J. et al. (2012): *Otra vida es posible: prácticas alternativas durante la crisis*, Barcelona.
- D'Alisa, G. et al. (2010): »Conflict in Campania: Waste Emergency or Crisis of Democracy«, *Ecological Economics*, 70, S. 239–249.
- D'Alisa, G., Demaria, F. & Cattaneo, C. (2013): »Civil and Uncivil Actors for a Degrowth Society«, *Journal of Civil Society*, 9 (2), S. 212–224.
- Daly, H. (1996): *Beyond Growth: The Economics of Sustainable Development*, Boston.
- Demaria, F. et al. (2013): »What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement«, *Environmental Values*, 22 (2), S. 191–215.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge.
- Gordon, R. J. (2012): »Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds«, *The National Bureau of Economic Research Working Paper No. 18315*.
- Gorz, A. (1978): *Écologie et politique*, Paris [dt. *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*, Reinbek bei Hamburg 1977].
- Gorz, A. (1980): *Adieux au prolétariat*, Paris [dt. *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt a. M. 1982].
- Gorz, A. (M. Bosquet) (1972): *Nouvel Observateur*, Paris, 397, 19 Juni, Protokoll einer öffentlichen Diskussion, organisiert in Paris durch den *Club du Nouvel Observateur*.
- Grinevald, J. (1974): *L'économiste Georgescu-Roegen: intégrer l'économie dans la problématique énergétique et écologique*, Genf.
- Grinevald, J. & Rens, I. (1979): *Demain la décroissance: entropie-écologie-économie*, Lausanne.
- Harvey, D. (2010): *The Enigma of Capital*, London [dt. *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden*, Hamburg 2014].
- Hirsch, F. (1976): *Social Limits to Growth*, Cambridge.
- Hobsbawm, E., *How To Change The World: Tales of Marx and Marxism*, London [dt. *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2012].
- Illich, I. (1973): *Tools for Conviviality*, New York [dt. *Selbstbegrenzung – eine politische Kritik der Technik*, Reinbek b. Hamburg 1977].

- Jackson, T. (2009): *Prosperity without Growth*, London [dt. *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München 2011].
- Kallis, G., Martinez-Alier, J. & Norgaard, R. B. (2009): »Paper Assets, Real Debts: An Ecological-Economic Exploration of the Global Economic Crisis«, *Critical Perspectives on International Business*, 5 (1/2), S. 14–25.
- Kallis, G., Schneider, F. & Martinez-Alier, J. (Hrsg.) (2010): »Growth, Recession or Degrowth for Sustainability and Equity?«, Sonderausgabe, *Journal of Cleaner Production*, 6 (18), S. 511–606.
- Kallis, G., Kerschner, C. & Martinez-Alier, J. (Hrsg.) (2012): »The Economics of Degrowth«, *Ecological Economics*, 84, S. 172–180.
- Kallis, G. et al. (2013): »Friday off: Reducing Working Hours in Europe«, *Sustainability*, 5 (4), S. 1, 545–567.
- Kosoy, N. (Hrsg.) (2013): »Degrowth: The Economic Alternative for the Anthropocene«, Sonderausgabe, *Sustainability*, 5. www.mdpi.com/journal/sustainability/special-issues/degrowth (aufgerufen am 29. 9. 2015).
- Latouche, S., »A bas le développement durable! Vive la décroissance conviviale!«, <http://www.decroissance.org/textes/latouche.htm> (aufgerufen am 18. 9. 2015).
- Latouche, S. (2007): *Petit traité de la décroissance sereine*, Paris [dt. *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*, München 2015].
- Latouche, S. (2011): *Vers une société d'abondance frugale: Contresens et controverses de la décroissance*, Paris.
- Latour, B. (1998): »To Modernize or to Ecologize? That's the Question«, in: Castree, N. & Willems-Braun, B. (Hrsg.): *Remaking Reality: Nature at the Millenium*, London.
- Lawn, P. (2005): »Is a democratic-capitalist system compatible with a low-growth or steady-state economy?«, *Socio-economic Review*, 3 (2), S. 209–232.
- Martinez-Alier, J. et al. (2010): »Social Metabolism, Ecological Distribution Conflicts, and Valuation Languages«, *Ecological Economics*, 70 (2): S. 153–158.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L. & Randers, J. (1972): *Limits to growth*. New York [dt. *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972].
- Mishan, E. J. (1967): *The costs of economic growth*, London.
- Odum, H. T. & Odum, E. C. (2001): *A prosperous way down*, Boulder.
- Saed (2012): »Introduction to the Degrowth Symposium«, *Capitalism Nature Socialism* 23 (1), S. 26–29.
- Schneider, F., Kallis, G. & Martinez-Alier, J. (2010): »Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability«, Sonderausgabe, *Journal of Cleaner Production*, 18(6), S. 511–518.
- Sekulova, F. et al. (2013): »Degrowth: From theory to practice«, *Journal of Cleaner Production*, 28, S. 1–6.
- Skidelsky, R. & Skidelsky, E. (2012): *How Much is Enough?* New York [dt. *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München 2013].
- Whitehead, M. (2013): »Degrowth or regrowth?«, *Environmental Values*, 22 (2), S. 141–145.
- Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009): *The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger*, New York, Berlin, London.